

■ In den nächsten Tagen erscheint von Ralf Rudolph und Uwe Markus das Buch »Die Rettung der Krim«. Wir veröffentlichen daraus mit freundlicher Genehmigung der Autoren Auszüge der ersten beiden Kapitel. (jw)

Am 28. Februar 2014, um drei Uhr Ortszeit erreichten vermummte Gestalten in Tarnanzügen den ukrainischen Fliegerhorst Nummer 4515. Der Stützpunkt befand sich auf dem Gelände des Sewastopoler Flughafens Belbek. Der Flughafen wurde abgesperrt, alle Zufahrten blockiert. Wachen zogen auf. Unmittelbar davor war die ukrainische Luftraumüberwachung auf der Krim lahmgelegt worden. Damit waren Starts ukrainischer Maschinen auf der Krim unmöglich geworden. Die etwa 300 angreifenden Kommandosoldaten besetzten zuerst das VIP-Gebäude des Flughafens und sicherten am folgenden Tag die Flugzeughangars. Bis zu diesem Zeitpunkt war kein Schuss gefallen. Nach der Einschließung des von ukrainischen Soldaten besetzten Wachgebäudes wurden von den Angreifern Blendgranaten eingesetzt und das Gebäude gestürmt. Da sie keine Weisungen hatten, ergaben sich die ukrainischen Wachsoldaten. Die russischen Spezialkräfte brachten daraufhin das gesamte Flugfeld unter ihre Kontrolle.

Doch am Morgen des 4. März 2014 näherte sich eine Gruppe von ca. 50 ukrainischen Militärangehörigen ohne Waffen unter Führung des Obersts Juli Mamtschura dem Flughafen. Sie wurde von Journalisten begleitet und forderten medienwirksam Zutritt zum Fliegerhorst. Die vermummten russischen Soldaten verwehrten den Zugang und forderten die Journalisten auf, sich zu entfernen. Als diese nicht reagierten, schossen sie in die Luft, die Medienvertreter ergriffen die Flucht. Nach kurzen Verhandlungen wurde die Gruppe ukrainischer Militärs, die im wesentlichen aus Flugzeugtechnikern bestand, auf das Gelände gelassen. Dort verblieben sie und waren nicht bereit, ihren Fliegerhorst an die russische Einheit zu übergeben. Bei dieser Pattsituation blieb es bis zum 22. März. Die russischen Truppen, die zweifelsohne dazu in der Lage gewesen wären, verzichteten darauf, die ukrainischen Soldaten mit Gewalt vom Gelände des Flughafens zu entfernen. Erst an diesem Tag, nach der Durchführung des Referendums über die Wiedervereinigung der Krim mit Russland, drängte die russische Militärführung auf eine Beendigung des Interimszustandes auf dem Flugplatz. Nach der strikten Weigerung der ukrainischen Militärs, den Fliegerhorst aufzugeben und ohne Waffen und Technik das Gelände zu verlassen oder sich der russischen Armee anzuschließen, wurde der Fliegerhorst von den russischen Truppen gestürmt.

Gelungene Kommandoaktion

Diese Operation ist beispielhaft für den russischen Militäreinsatz auf der Krim. Unmittelbar nach der Weisung des russischen Präsidenten zur Sicherung der Schwarzmeerhalbinsel vom 22. Februar hatte man mit der verdeckten Verlegung von Spezialeinheiten begonnen. Alle strategischen Objekte auf der Krim und Einrichtungen der Infrastruktur wurden von Soldaten ohne Hoheitskennzeichen an den Uniformen unter Kontrolle gebracht. Die zu meist vermummt agierenden Soldaten verhielten sich betont höflich, was ihnen bei der heimischen Bevölkerung die ironische Bezeichnung »Weschliwye ljudi« (höfliche Leute) einbrachte.

Die russische Militärführung hatte die üblichen Nachschubaktivitäten für den von der Ukraine gepachteten Stützpunkt der Schwarzmeerflotte in Sewastopol zur Einschleusung von Militärtechnik und Soldaten genutzt. Alle ukrainischen Militärstützpunkte auf der Krim wurden blockiert und deren Kommunikationsverbindungen gekappt. Das geschah unter strenger Geheimhaltung und einem strikten Kommunikationsverbot für die russischen Spezialkräfte. Die exakte Ausführung dieser unblutigen Militäroperation und der beachtliche Grad an geheimer Koordination zwischen den verschiedenen russischen Diensten und Kommandos könnten durchaus als eines der ersten Ergebnisse der russischen Militärreform gewertet werden.

Allerdings wurde die Präsenz der russischen Kommandoheiten auf der Krim vom Kreml zunächst nicht bestätigt – ein Umstand, welcher der Glaubwürdigkeit russischer Verlautbarungen zum Ukraine-Konflikt keinesfalls zuträglich war.

Während im Westen über den Einsatz russischer Truppen mit wachsender Aufregung berichtet wurde, behauptete man von offizieller Seite in Moskau, dass man nicht wisse, wer auf der Krim militärisch operiere – Uniformen und Ausrüstungen könne man schließlich in jedem Fachgeschäft kaufen. Diese unprofessionelle Art der Kommunikation war in politischer Hinsicht kontraproduktiv. Der verdruckste Umgang mit dem Thema wirkte unaufrichtig und war eine Steilvorlage für jene Politiker und Medien im Westen, die im Ukraine-Konflikt eine harte Gangart gegen Russland durchsetzen wollten. Erst in einer TV-Fragestunde am 16. April 2015 gestand Präsident Wladimir Putin die Operation offiziell ein und verband das mit einem Lob der Professionalität der beteiligten Einsatzkräfte. Doch auch nach diesem Eingeständnis lautete die offizielle Begründung, man habe durch die Entsendung der Kommandosoldaten eine Störung des Referendums über den Beitritt der Krim zum russischen Staatsverbund durch die ukrainischen Truppen verhindern wollen. Dieser Aspekt spielte sicher ebenso eine Rolle wie die von Kiew unterstützten Destabilisierungsaktionen insbesondere einiger radikalisierten Krimtataren.

Doch im Kern hatte diese recht zurückhaltende militärische Machtdemonstration vor allem das Ziel, die Planungen zur Eingliederung der Halbinsel in den Einflussbereich der NATO zu unterbinden. Das hätte man offen kommunizieren können, um im Ausland deutlich zu machen, welche Bedrohung für das strategische Gleichgewicht durch die von langer Hand geplanten Aktivitäten der NATO ausging und wessen Handlungen letztlich zu der russischen Militäraktion geführt hatten.

Gleichwohl war die verdeckte russische Kommandoaktion ein klares Signal, das in Washington sofort verstanden wurde: Der zur Blockade der Schwarzmeerflotte zusammengezogene US-Flottenverband drehte ab und verließ das Schwarze und das Ägäische Meer. Nur die Zerstörer »Truxtun«, »Donald Cook« und die Fregatte »Taylor« blieben zurück und ankerten unter dem Vorwand gemeinsamer Manöver mit Schiffen aus Bulgarien und Rumänien vor der Nordwestküste der Krim. Damit war die Situation zumindest teilweise entschärft. Es ist nicht verwunderlich, dass diese militärpolitische Niederlage westlichen Strategen nach wie vor übel aufstößt und zu mitunter irrational anmutenden Hasstiraden in den Medien führt.

Kiews Marine wechselt Fahne

Mit der Wiedereingliederung der Krim in den russischen Staatsverbund kam eine Interimsphase der russischen Krim-Politik zum Abschluss, die vor allem von ständigen Auseinandersetzungen mit wechselnden ukrainischen Regierungen über den staatsrechtlichen Status der Halbinsel und die Zukunft des russischen Flottenstützpunktes geprägt war. Auf der Krim waren nach der Wiedervereinigung mit Russland noch 79 jener Schiffe verblieben, die 1991 der ukrainischen Marine zugesprochen worden waren. Der Oberbefehlshaber der russischen Seestreitkräfte wies die Übergabe dieser Schiffe an die Ukraine an. Auch die Kiewer Putschregierung forderte die Schiffe zurück. Die Übergabe begann am 11. April 2014. Aber schon im Juli 2014 folgte eine Unterbrechung. Die ukrainischen Militärs beriefen sich auf einen Beschluss ihres Verteidigungsrates, der beinhaltete, dass jegliche militärische Kooperation und Verhandlungen mit Russland einzustellen seien. Bis zu diesem Zeitpunkt waren der Ukraine 43 Schiffe und ein Teil der Marineflugzeuge und Hubschrauber übergeben worden.

Neben Schiffen und anderer Militärtechnik verblieben auch ukrainische Soldaten und Offiziere auf der Krim. Viele von ihnen wollten in der russischen Armee weiterdienen. So wechselte z. B. die Führung der ukrainischen Marine die Seiten. Ihr früherer Chef, Konteradmiral Denis Beresowski, leistete am 2. März 2014 den Eid auf das Volk der Krim und wurde kurz darauf zum stellvertretenden Befehlshaber der russischen Schwarzmeerflotte ernannt. Auch sein Stellvertreter, Vizeadmiral Sergej Jelissejew, lief zur russischen Marine über und wurde später als stellvertretender Befehlshaber der Baltischen Flotte eingesetzt. Mehr als 70 auf der Krim stationierte ukrainische Militäreinheiten, darunter die Besatzungen von 23 Militärschiffen, entschieden sich für den Dienst unter russische Flagge. Insgesamt wurden nach dem Russland-Beitritt der Krim mehr als 9.000 ukrainische Militärs und Zivilangestellte,

Ein geostrategische

Vorabdruck ■ Die Krim hat für Russland eine erhebliche Bedeutung. Der Einfluss der NATO im Schwarzen Meer zurückzudrängen.



Unbedingt abwehrbereit: Amphibienfahrzeuge vor dem russischen Lenkwaffenkreuzer »Moskwa« während einer Übung.

darunter 2.700 Offiziere, 1.300 Fähnriche sowie mehr als 5.000 Soldaten, Matrosen, Sergeanten und Maate, in die russischen Streitkräfte aufgenommen. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums sollen nur 2.000 der ehemals insgesamt 18.000 auf der Krim stationierten ukrainischen Militärs zurück in die ukrainische Armee gegangen sein.

Washingtons Fehlkalkulation

Der Plan der USA und der NATO, den Status quo im Schwarzmeerraum zugunsten des Westens zu verändern, war grandios gescheitert. Durch ihre leichtfertige Unterstützung der auf Konfrontation mit Russland eingestellten nationalistischen Kräfte in der Ukraine hatten die westlichen Strategen zudem das Gegenteil dessen erreicht, was sie ursprünglich beabsichtigt hatten. Infolge der Wiedervereinigung der Krim mit Russland konnte die Russische Föderation nicht nur ihre militärische Präsenz im Schwarzmeerraum, sondern auch ihre Seegrenzen im Schwarzen Meer erheblich erweitern. Diese Fehleinschätzung der USA ordnet sich in die Kette misslungener Versuche Washingtons etwa in Afghanistan, im Irak, in Libyen und in Syrien ein, seinen geopolitischen Einfluss durch Regimewechsel in souveränen Staaten zu sichern und auszuweiten.

Solche strategischen Misserfolge führen naturgemäß bei den Verantwortlichen zu erheblicher Verärgerung. Im Fall der Krim ließ die Reaktion der Vereinigten Staaten nicht lange auf sich warten. Russland sollte umgehend bestraft werden: Am 4. Dezember 2014 verabschiedete das US-Repräsentantenhaus mit 411 zu zehn Stimmen

die Resolution 758 und am 11. Dezember 2014 den Ukraine Freedom Support Act. Die Resolution 758 basiert auf dem schon am 1. Mai 2014 von dem republikanischen Senator John McCain eingereichten Gesetzentwurf S.2277, der die Ausarbeitung eines strategischen Rahmens für die Sicherheitshilfe und -kooperation in Europa und Eurasien vorsah. Dieser sogenannte Russian Aggression Prevention Act (Gesetz zur Verhinderung russischer Aggression) ist die Blaupause für die weitere Eskalation des Konflikts mit Russland, die derzeit tatsächlich umgesetzt wird: So soll die US-Truppenpräsenz in Europa und Eurasien verstärkt werden, während die europäischen NATO-Staaten ihre Rüstungsausgaben erhöhen. Sanktionen sollen Russland zur Aufgabe der Krim zwingen. Verhandlungen mit Russland über nukleare Abrüstung werden ausgesetzt, neue Verträge nicht abgeschlossen. Das 2011 in Kraft getretene neue START-Abkommen soll nicht mehr eingehalten werden, d. h. die Zahl der Trägersysteme und Nuklearsprengköpfe soll nicht mehr reduziert werden. Die Zusammenarbeit mit Russland bei der Raketenabwehr soll eingestellt werden. Weiterhin geht es um den Ausbau, das Training und die Ausrüstung des Militärs in der Ukraine und anderen osteuropäischen Ländern. Die US-Geheimdienste sollen der Ukraine Informationen über russische Truppen liefern. Die Ukraine, Georgien und Moldawien sollen den Status von sogenannten Major non-NATO allies erhalten. Und die militärische Kooperation mit der Ukraine, Georgien, Moldawien, Aserbaidschan, dem Kosovo, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien soll erweitert werden. Die US-Regierung soll zudem Druck auf alle NATO-Mitglieder ausüben,

cher Erfolg

utung. Ihre Eingliederung war vor allem eine Maßnahme,

Von Ralf Rudolph und Uwe Markus



er Militärübung im Schwarzmeerhafen Sewastopol / Krim am 27. Juli 2017

damit sie in einen Fonds einzahlen, aus dem die militärische Kooperation mit der Ukraine finanziert wird.

Nicht zuletzt geht es einmal wieder um Öl und Gas. Die US-Regierung soll die EU-Länder dazu bewegen, ihre Energieabhängigkeit von Russland zu verringern, indem sie eigene Ressourcen erschließen, andere Infrastrukturen aufbauen und Flüssiggas aus den USA kaufen. Die Weltbank sowie die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sollen gedrängt werden, Kredite an die Ukraine zu vergeben und damit verstärkt westliche Investoren für die Ukraine zu werben. Das alles wird derzeit mit großem Eifer umgesetzt. Und es blieb vor allem militärisch nicht bei Absichtserklärungen: Ende Oktober 2014 bereitete sich die NATO in einer Kommando-Stabsübung in der Ostseeregion auf die Rückeroberung der Krim vor. Landungsboote brachten Soldaten des Bündnisses an die Strände der estnischen Insel Hiiumaa, die nach Manöverszenario »vom einem großen Nachbarstaat« erobert worden war. Das Brüsseler Hauptquartier der Allianz hatte fiktiv den Bündnisfall nach Artikel 5 der NATO-Charta ausgerufen und die auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 beschlossene Schnelle Eingreiftruppe hastig mobilisiert. Der deutsche Vier-Sterne-General Hans-Lothar Domröse leitete die Operation zur Rückeroberung der Insel. Die Stimmung im Lagezentrum im polnischen Bydgoszcz war angespannt. Auf der Videoleinwand prangte die Karte Estlands, im Norden der Insel Hiiumaa waren die Stellungen der gegnerischen Armee rot markiert. Man war bereit für die große Schlacht. Was in Bydgoszcz ablief, war eine Stabsübung – in

Kommandobunkern mit lediglich 400 Soldaten. Doch »es gibt keinen Unterschied zu einer echten Operation«, sagte US-Oberst Donovan Philipps. »Die Übung soll so realistisch wie möglich sein«, betonte der niederländische Generalmajor Hans van Griensven, der sie konzipiert hatte.

NATO übt Atomkrieg

Die Eröffnung einer NATO-Front gegen Russland wurde aber nicht nur von Militärstäben am grünen Tisch durchgespielt, sondern im Manöver »Steadfast Noon 2014« zeitgleich auch mit Atomwaffen geprobt. Abfangjäger und Kampfbomber aus sieben Mitgliedsstaaten starteten von der Luftwaffenbasis Ghedi bei Brescia in Norditalien, wo US-Atombomben gebunkert sind. Getestet wurde die sogenannte nukleare Teilhabe. Flugzeuge aus Ländern wie der Bundesrepublik, die selbst auf Massenvernichtungswaffen verzichtet haben, werden im Ernstfall mit US-Nuklearsprengköpfen bestückt. Bei »Steadfast Noon« durften nicht nur Deutsche, Belgier, Italiener, Türken und Niederländer die Bombenträger für die Amerikaner spielen, sondern erstmals auch die Polen. Das war ein klarer Bruch der Dreinein-Politik, zu der sich das Bündnis feierlich im Jahr 1996 verpflichtet hatte, um die russischen Ängste vor einer Ostausdehnung des Nordatlantiktinktes zu besänftigen: Die NATO habe »keine Absicht, keinen Plan und keinen Grund, Nuklearwaffen auf dem Territorium der neuen Mitglieder zu stationieren«, hieß es damals. 18 Jahre später übte Polen mit zwei »F-16«-Jagdbombern von der Luftwaffenbasis Lask in der Nähe von Lodz bereits den Atomkrieg.

Zwar hat man im Westen zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich Russlands Regierung von dieser Konfrontationspolitik nicht beeindruckt lässt, und insgeheim richtet man sich in westlichen Hauptstädten darauf ein, sich mit dem Beitritt der Krim zu Russland letztlich arrangieren zu müssen. Doch man möchte durch militärische Drohgebärden und wirtschaftlichen Druck den Preis, den Russland für die Krim und die Unterstützung der abtrünnigen Donbass-Republiken zahlen muss, in die Höhe treiben. Und manch einer mag darauf hoffen, dass die im Aufbau befindliche militärische Drohkulisse, verbunden mit schrillen Tönen der antirussischen Propaganda, Russland verleiten könnte, zum eigenen wirtschaftlichen Nachteil ohnehin knappe Ressourcen in die Rüstung zu stecken. In Verbindung mit den Wirtschaftssanktionen hätte das ähnlich ruinöse Wirkungen wie in den 80er Jahren, als die Führer der UdSSR sich von der NATO-Aufrüstung und Reagans SDI-Programm, das den Aufbau eines »Raketenabwehrschirms« im Weltraum vorsah, zu einem ökonomisch nicht verkraftbaren Rüstungswettlauf verführen ließen. Doch Russlands Entscheidungsträger wiesen angesichts westlicher militärischer Betriebsamkeit mehrfach darauf hin, dass man auf aktuelle westliche Maßnahmen asymmetrische Antworten finden werde.

Sonderrolle der Türkei

Auch in anderer Hinsicht erwächst der westlichen Führungsmacht in der Schwarzmeerregion Ungemach: Durch den eigenwilligen NATO-Partner Türkei, der sich nach dem gescheiterten Militärputsch im eigenen Land immer mehr von der NATO und den USA abwendet und die Beziehungen zu Russland verbessern will, wird die Erreichung der militärpolitischen Ziele des Westens in der Schwarzmeerregion erschwert, was Russlands Führung mit Wohlgefallen beobachtet und nach Kräften fördert. Die Türkei kontrolliert den Bosphorus und damit den Zugang zum Schwarzen Meer. Das wurde 1936 im Vertrag von Montreux festgelegt, der unter anderem die Durchfahrt von Kriegsschiffen durch den Bosphorus regelt bzw. für Nichtanrainerstaaten beschränkt. Das Abkommen verbietet zudem den Transit von Flugzeugträgern aller Staaten durch die Meerenge. Der Vertrag von Montreux ist eines der wenigen Sicherheitsabkommen, das in der Region noch Bestand hat, anders als zum Beispiel die 1972 zwischen Moskau und Washington getroffene Vereinbarung über Zwischenfälle auf See, die eine gegenseitige zu große Annäherung von Kampfjets und Kriegsschiffen verhindern sollte. Da das Abkommen für die Türkei selbst von großer sicherheitspolitischer Bedeutung ist, achtete sie bisher sogar gegenüber ihren NATO-Partnern darauf, dass es eingehalten wird. So untersagte die Türkei den USA im Georgien-Konflikt im Jahr 2008 die Durchfahrt einer größeren Anzahl von Kriegsschiffen, weil die erlaubte Gesamttonnage überschritten war. Was die US-amerikanischen Schiffe bei einer möglichen Blockade der Krim betraf, war die Türkei jedoch nicht so konsequent. In diesem Fall hätte man die Aktivitäten der US-Marine eher wohlwollend toleriert. Allerdings kann und will sich die Türkei keine direkte Konfrontation mit Moskau leisten, wie sich während des Syrien-Konflikts zeigte.

Solange Russland robust seine Interessen vertritt, ist die Türkei zu Kompromissen und zur Kooperation bereit.

Vorbild für Ukraine

Insofern ist die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation trotz der westlichen Sanktionen militärisch und innenpolitisch für den Kreml ein Erfolg. Und die diplomatischen Reaktionen des Westens sind nicht mehr als gesichtswahrende Rückzugsgefechte. Man unterstützt die Position der ukrainischen Regierung und übersieht geflissentlich deren antirussische Reflexe, denn einen anderen Partner als die latent von einem Rechtsputsch bedrohte Poroschenko-Administration hat man nicht. Ließe man den derzeitigen ukrainischen Präsidenten fallen, würde die Lage in der Ukraine völlig unkontrollierbar. Der Westen wäre öffentlich bloßgestellt und müsste das Scheitern seiner Ukraine-Politik eingestehen. Also unterstützt man mit Blick auf die Krim offiziell die proukrainische Position. So schreibt das deutsche Auswärtige Amt in seinen Sicherheitshinweisen vom 6. Dezember 2016: »Von Reisen auf die Halbinsel Krim wird dringend abgeraten. Die Krim gehört völkerrechtlich weiterhin zur Ukraine, wird aber derzeit faktisch von Russland kontrolliert. Seit Juni 2015 ist für Reisen auf die Krim vom ukrainischen Festland aus eine Betretenslaubnis der zuständigen ukrainischen Behörde nötig, die nur unter bestimmten Voraussetzungen, keinesfalls jedoch für touristische Zwecke erteilt wird. Des Weiteren unterliegt der Schiffsverkehr durch die Schließung der Seeschiffhäfen der Krim für Drittländer derzeit Einschränkungen. Konsularischer Schutz kann deutschen Staatsangehörigen dort angesichts der aktuellen Lage derzeit nicht gewährt werden.« Doch während der Westen, insbesondere die deutsche Bundesregierung, damit beschäftigt ist, die Sanktionsfront aufrechtzuerhalten, ist die tatsächliche Integration der Krim in die Russische Föderation viel weiter fortgeschritten, als das im Ausland wahrgenommen wird. Russlands Führung jedenfalls lässt keinen Zweifel daran, dass die Krim immer Teil Russlands war und zukünftig auch bleibt. Und keine westliche Regierung wird daran etwas ändern können.

Ob es allerdings gelingt, diesen geostrategischen Erfolg auch ökonomisch zu sichern, wird sich zeigen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Krim und vor allem der davon abhängende Lebensstandard ihrer Bewohner werden letztlich die Kriterien für die historische Einordnung der beschriebenen Vorgänge sein. Wenn es Russland gelingt, aus der Krim ein prosperierendes Gemeinwesen zu machen, wäre das ein nicht zu unterschätzender Vorteil in der kommunikationspolitischen Auseinandersetzung mit der ständig am wirtschaftlichen und politischen Abgrund taumelnden Ukraine.

■ Ralf Rudolph und Uwe Markus: Die Rettung der Krim, Phalanx-Verlag, Berlin 2017, 237 Seiten, 16,95 Euro. Buchpremiere mit den Autoren am 12. September in der jW-Ladengalerie

■ Ralf Rudolph und Uwe Markus schrieben an dieser Stelle zuletzt am 17.2.2016 über die russische Unterstützung der syrischen Truppen.

